

# Griechenlands neue Regierung: ein erstes Fazit und Vorschläge

## 1 Gedemütigtes Griechenland

---

Zum Zeitpunkt der Wahlen am 25. Januar ist Griechenland ein schwer gezeichnetes und gedemütigtes Land. Folgende Zahlen machen das deutlich:

- 26% Arbeitslosigkeit, davon 15% von staatlichen Leistungen abhängig;
- Einkommen und Renten um 40% reduziert;
- öffentliche Ausgaben für Bildung und Gesundheit um 30-40% gesunken;
- sich ausbreitende Massenarmut, eine deutlich steigende Selbstmordrate;
- Rückgang des BIP um 25% und explosionsartiger Anstieg des Schuldenstands: von 110% des BIP im Jahr 2008 auf 175% zum heutigen Zeitpunkt.

Die Regierungen aus Nea Dimokratia und Sozialdemokrat\_innen haben sechs Jahre lang jene »strukturellen Anpassungsmaßnahmen« vorgenommen, die zu den Spezialgebieten des IMF gehören. Mustergültig wurden die Vorschläge umgesetzt, der »Troika« wurden gar sämtliche Wünsche von den Augen abgelesen: Das griechische Parlament verabschiedete so zwei Memoranden (das zweite in einem Umfang von 600 Seiten), die keine Modifizierungen zuließen.

Der »Erfolg«, den die scheidende Regierung unter ND-Premierminister Samaras zum Vorteil der Wähler\_innen zu verbuchen glaubte, bestand in der Umsetzung folgender Punkte:

- Reduzierung des Haushaltsdefizits und Erwirtschaftung eines Überschusses, vor allem erkaufte durch radikale Einschnitte bei den öffentlichen Ausgaben und eine enorme Erhöhung der Steuerlast;
- Absenkung des Handelsdefizits zulasten von Importen, auf die der Rückgang bei Konsum und Investitionen folgte;
- Ankurbelung von Wachstum und eine leichte Steigerung des BIP – nach sechs Jahren der wirtschaftlichen Schrumpfung allerdings keine Besonderheit.

Syriza erhielt am Wahlabend des 25. Januar die relative Mehrheit der griechischen Wähler\_innenstimmen. Somit wurde die Bildung einer Regierung möglich, die die Wiedererlangung der wirtschaftlichen und politischen Souveränität Griechenlands verfolgt und die Bewältigung der humanitären Krise in Angriff nimmt.

Inzwischen ließ der Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker verlauten, dass sich »Verträge nicht durch Wahlen ändern ließen«. Der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble wurde nicht müde zu wiederholen, dass die Griech\_innen all ihre Verpflichtungen einhalten müssten und erklärte, dass »*die Realität oft nicht ganz so schön ist wie ein Traum*«. Damit ging er in seinem demokratischen Verständnis offenbar davon aus, dass die Realität aus Verträgen besteht und Träume all jene Versprechen sind, die man während des Wahlkampfes macht.

Pierre Moscovici, der europäische Wirtschafts- und Währungskommissar, wie auch François Hollande äußerten, dass »Griechenland seinen Verpflichtungen nachkommen muss«, auch wenn die Griech\_innen anders gewählt hätten. Moscovici lobte Hollande dafür, dass dieser sich nicht

hinter die griechische Regierung stellte. Frankreich hingegen hat bis zum Jahr 2017 keine Sanktionen zu fürchten, wenn es sein Defizit bis zu diesem Zeitpunkt nicht auf weniger als 3% des BIP reduziert – und das, während Griechenland weiterhin zur Erwirtschaftung eines Primärüberschusses gezwungen wird.

## **2 Die griechische Regierung im Würgegriff der Finanzmärkte**

---

In den drei Wochen nach den Wahlen in Griechenland fügte sich Athen schließlich und forderte eine Ausweitung der finanziellen Hilfen, die Ende Februar ausliefen. Grund dafür ist die angespannte Lage des griechischen Finanzsystems, die zwar nicht völlig offensichtlich ist, sich aber doch immer deutlicher ausmachen lässt.

Die Europäische Zentralbank (EZB) legte am 4. Februar tatsächlich einen der Finanzierungskanäle der griechischen Staatskasse trocken: Die griechischen Anleihen würden von der EZB nicht mehr als Sicherheiten für die Kredite akzeptiert, die die griechischen Banken von der EZB selbst erhalten haben. Im gleichen Zeitraum wurde in Griechenland massiv Kapital abgezogen. Man ging von Summen in Höhe von 2 Milliarden € pro Woche aus, tatsächlich belief sich die Summe zuletzt auf 1,5 Milliarden € täglich (2. Februarhälfte), so der Präsident des EZB-Rates, Mario Draghi. Er führte aus, dass in den Monaten Januar und Februar bis zu 50 Milliarden € aus Griechenland in andere Länder der Eurozone transferiert wurden. Zuverlässigen Quellen zufolge wären griechische Banken ab dem 24. Februar nicht mehr funktionsfähig gewesen, wenn die Regierung nicht am 20. Februar zu einer Einigung gekommen wäre. Die EZB hat Griechenland ebenso erpresst wie Zypern im Jahr 2013 und Irland 2010.

Griechenland wurde in den Würgegriff genommen. Dabei wurde die schwächste Stelle ins Visier gefasst, nämlich der Bankensektor. Nach Abschluss der Vereinbarung vom 20. Februar hat sich diese Situation nicht gebessert, sondern ist nur noch schlimmer geworden. Denn auch wenn die EZB zugestimmt hat, die Notfall-Liquiditätshilfe (ELA) für griechische Banken zu verstärken (und die Obergrenze von 65 Milliarden € auf 68,3 Milliarden € angehoben hat), so erfüllt sie die Forderung aus Athen nach einer Anhebung um 5 Milliarden nur teilweise. Hinzu kommt die Situation des griechischen Finanzstabilisierungsfonds (Hellenic Financial Stability Fund, HFSF, der aus europäischen Anleihen gespeist wird), auf den die griechische Regierung seit Beginn der Krise zum Teil gehofft hat, um den öffentlichen Haushalten etwas Luft zu verschaffen und letztlich die Banken mit frischem Kapital zu versorgen. Die europäischen Finanzminister\_innen haben nämlich beschlossen, die Mittel aus diesem Fonds »rückzuführen«. Der Fonds wird damit direkt dem europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSF) untergeordnet, wird also auf europäischer Ebene und nicht durch die Griech\_innen verwaltet. Die Erklärung des Präsidenten der Eurogruppe Dijsselbloem hierzu fiel durchaus eindeutig aus: *»Wir wollen sicherstellen, dass dieses Geld weiterhin zur Rekapitalisierung der Banken zur Verfügung steht und nicht zur Finanzierung von politischen Regierungsmaßnahmen verwendet wird.«* Der HFSF ist mit 50 Milliarden € ausgestattet; am 10. März wurden allerdings mehr als eine halbe Milliarde € (555 Millionen €) an Griechenland überwiesen.

Da es sich hierbei ja gerade um die Finanzierung von Regierungsmaßnahmen handelt, muss die Regierung diese Zweckwidmung anfechten. Schließlich ist sie im Jahr 2015 mit großen Rückzahlungen in Höhe von etwa 15 Milliarden € konfrontiert, die ab März angefordert werden können (und allein im März bis zu 6 Milliarden € umfassen können). Um diese Rückzahlungen

bestreiten zu können, hat Griechenland Anfang März ein bisschen mehr als 1 Milliarde € in Staatsanleihen mit einer Laufzeit von sechs Monaten aufgenommen. Weiterhin rechnet die Regierung mit über 1,8 Milliarden € aus Gewinnen, die die nationalen europäischen Zentralbanken durch den Ankauf von griechischen Anleihen erzielt hatten und die rechtmäßig an Griechenland zurückfließen müssten. Die Regierung hofft außerdem darauf, dass die EZB den Anfang Februar geschlossenen Geldhahn wieder aufdreht. Und weiterhin rechnet die Regierung Tsipras damit, dass die Gläubiger\_innen beginnend mit März einen Teil der 7 Milliarden € an Krediten aus dem laufenden Hilfsprogramm ausschütten. Dies allerdings vor dem Hintergrund der Erklärung des deutschen Finanzministers (der sich gegen die Aussetzung bestimmter Privatisierungsverfahren gestellt hatte), der ankündigte, dass »kein weiterer Euro fließt«, bevor Griechenland seine Pflichten nicht erfüllt habe. Die Regierung, wie wir hier feststellen, hat bereits erklärt, auf jegliche unilateralen Maßnahmen zu verzichten und *de facto* die »Prüfung« der eigenen Bilanzen und der Umsetzung der von den »Institutionen« veranlassten Reformen akzeptiert.

So haben die Griech\_innen, ob nun als rationale Entscheidung oder zwangsläufig, in dieser finanziell extrem angespannten Lage als Teil ihrer Verpflichtungen auch akzeptiert, dass die von der Regierung ergriffenen Maßnahmen das Haushaltsgleichgewicht nicht gefährden dürfen. Über diesen Zwang hinaus beträgt der Haushaltsüberschuss, der von der Regierung »gefordert« wird, 3%, wohingegen die Regierung selbst einen Überschuss von 1,5% nicht überschreiten möchte. Je näher der am Ende erwirtschaftete Überschuss an der 1,5%-Marke ist, desto größer ist der Handlungsspielraum der Regierung. Ein erhöhter primärer Haushaltsüberschuss lässt tatsächlich keine Erhöhung der öffentlichen Ausgaben zu. Das einzige Argument für einen Haushaltsüberschuss wäre, diesen vor allem für die Bedienung alter Schulden aufzuwenden und somit die Gesamtschuldenlast zu verringern. Diese Möglichkeit scheint jedoch keine Alternative zu sein, da sich im Falle Griechenlands die sehr (oder zu) starken Zwänge auf die öffentlichen Finanzen äußerst negativ ausgewirkt haben. Allerdings setzt die aktuelle Verschuldungsrate (175% des BIP) bereits einen Primärüberschuss von mindestens 1% voraus. Bei einem Wachstum von 2% und einem Zinssatz von 2,5% sind die Schätzungen zur Stabilisierung der Schulden bereits sehr optimistisch, da die Deflation in Griechenland deutlich spürbarer ausfallen wird als im Rest Europas.

Letztlich bleibt festzustellen, dass die finanzielle Situation Griechenlands auch heute fragil und angespannt bleibt und die Handlungsspielräume der Regierung äußerst gering sind. Die Schuldenfrage bleibt ungelöst – und wird Ende April, nach vier Monaten der Verhandlung, erneut zur Debatte stehen.

### 3 Geplante Reformen

---

Um von den angeforderten Finanzhilfen profitieren zu können, hat die griechische Regierung ein Reformprogramm ausgearbeitet, allerdings kann man davon ausgehen, dass sowohl die Inhalte als auch die Umsetzung von außen vorgegeben sind. Da die griechische Regierung lange Zeit nichts anderes getan hat, als sich den Wünschen der Gläubiger\_innen zu beugen, mag es zwar übertrieben klingen, von einer »Kapitulation« zu sprechen. Man kann dennoch nachvollziehen, weshalb der ehemalige Anführer der radikalen Linken, Manolis Glezos, wütend und bitter erklärte, die Griech\_innen seien betrogen worden, als sie eine Verlängerung der Finanzhilfen beantragt hatten, die allerdings zunächst von den Parlamenten einiger Gläubigerstaaten, darunter auch Deutschland, genehmigt werden mussten.

Laut dem griechischen Finanzminister Yanis Varoufakis müsste nur etwa ein Drittel der in dem zweiten Memorandum vorgesehenen Reformen umgesetzt werden. Dieses Memorandum schätzt er als äußerst gefährlich ein. *»Die Politik muss handlungsfähig bleiben«*, war seine Antwort an den Präsidenten der Eurogruppe. Die Verhandlungen über die Reformen werden mindestens bis April andauern. Es ist den Griech\_innen »gestattet«, bestimmte Reformvorschläge der Troika durch andere zu ersetzen. Dies wiederum veranlasste Varoufakis dazu spitz anzumerken, dass die Griech\_innen zukünftig endlich zu *»Autor\_innen, oder vielmehr zu Ko-Autor\_innen ihrer eigenen Reformen«* würden.

### **3.1 Die humanitäre Krise und Maßnahmen gegen Steuervergehen**

Ohne dass man hierbei von einer »Reform« sprechen könnte, hat die Regierung in den Bereichen Wohnen, Nahrungsmittel- und Gesundheitsversorgung ein Nothilfeprogramm initiiert, um der fortschreitenden Verarmung entgegenzuwirken. Dabei werden 300.000 Familien kostenfrei mit Strom versorgt, ebenfalls ist der Zugang zur Gesundheitsversorgung unentgeltlich. Weiterhin werden Lebensmittelgutscheine und Freifahrkarten an Bedürftige verteilt, ebenso wie finanzielle Hilfen für Rentner\_innen in Form einer Art Grundsicherung. Dieses Programm, so die Schätzung, wird in der gesamten Legislaturperiode 1,8 Milliarden € kosten, im Jahr 2015 müssen ungefähr 200 Millionen € dafür aufgewendet werden. Angesichts der unmittelbaren frappierenden Krisensituation und der gleichzeitig durch den Kampf gegen Steuervergehen erwarteten Einnahmen erscheint diese Summe äußerst bescheiden. Überhaupt werden hier zwei widersprüchliche Perspektiven deutlich. Einerseits sind diese erwarteten Einnahmen viel höher als die Ausgaben, die durch das Hilfsprogramm entstehen. Andererseits ist noch völlig unklar, ob diese Einnahmen überhaupt direkt in die Staatskassen fließen. Wie soll man also ein solches Nothilfeprogramm finanzieren?

Wie wir bereits oben betont haben, werden diese Maßnahmen so umgesetzt, dass *»sie sich nicht negativ auf den Haushalt auswirken«*. Das Nothilfeprogramm wird somit durch eine Reihe von Maßnahmen gegen Betrug und Steuerhinterziehung finanziert. Der Kampf gegen Schwarzhandel und die Erhöhung der Vermögenssteuer, insbesondere auf jenes Kapital, das zur Abwanderung neigt, würde über 7 Milliarden € an Einnahmen in die Staatskassen spülen. Der Schwarzhandel mit Treibstoff und Zigaretten würde entsprechend 1,5 Milliarden sowie 800 Millionen € einbringen. Eine Vermögensabgabe der griechischen Eliten würde für 2,5 Milliarden € an zusätzlichen Steuereinnahmen sorgen.

Panagiotis Nikoloudis, der griechische Minister für Korruptionsbekämpfung, ist der Ansicht, dass *»auch die Mächtigsten Rechenschaft ablegen müssen«*. Der Minister hat die griechischen Banken um eine Kundenliste mit Kontenvolumen von über 200.000 € gebeten. Eine Untersuchung von Steuererklärungen hat beispielsweise ergeben, dass über 3.500 Konten Einkommen enthielten, die nicht deklariert waren. Bis etwa Sommer könnten hier etwa 7 Milliarden € an Steuern eingenommen werden. Weiterhin bleiben über 24.000 Konten noch zu überprüfen.

Weiterhin werden derzeit Maßnahmen zur Zahlung von Steuerrückständen und Bankkrediten auf den Weg gebracht. Das bedeutet konkret: Die Summe der Zahlungsrückstände seitens der griechischen Steuerzahler\_innen, die insgesamt bei 76 Milliarden € liegt, erhöht sich durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Haushalte monatlich. Die neue Regierung möchte die Hälfte der Steuerrückstände der Privatpersonen und Unternehmen tilgen, die in der Lage sind, sofort mindestens 200 € (oder 20 € monatlich in 10 Raten) zu zahlen. Etwa 2,5 Milliarden € zusätzlicher Steuereinnahmen können über die Tilgung der Steuerschulden von Privatpersonen und

Unternehmen eingenommen werden. Die stellvertretende Finanzministerin Nadia Valavani jedoch räumte ein, dass der Staat hierbei wohl nicht mehr als 9 Milliarden € (also 11,6% der Rückstände) einnehmen könne, da viele Unternehmen Konkurs angemeldet hätten und zahlreiche Steuerzahler\_innen nicht ausfindig gemacht werden könnten.

Auch wenn sich die Sicherung dieser aus den Maßnahmen gewonnenen Einnahmen auf lange Frist schwierig gestaltet, könnten diese Steuereinnahmen deutlich höher sein als die Ausgaben für das Nothilfeprogramm. Die Koppelung dieser Kostenpunkte stellt ein starkes politisches Signal dar, ist aber auch trügerisch. Es ist wahrscheinlich, dass ein Teil der erwarteten Einnahmen zur Finanzierung anderer Maßnahmen aufgewandt wird und nicht für das Nothilfeprogramm – wenn die Kosten für das Nothilfeprogramm nicht unterschätzt und die Einnahmen nicht überschätzt wurden. Dies ist nicht unmöglich, bedenkt man, dass die griechische Steuerverwaltung schwach aufgestellt ist.

Das griechische Steuersystem muss auf jeden Fall zugunsten der Schwächsten ausgeglichen werden, dies sollte allerdings zügiger vorstattengehen als ursprünglich geplant. So sollte die Immobiliensteuer (Enfia) noch einige Monate aufrechterhalten bleiben, zunächst um 15% bis 20% reduziert werden und schließlich bis Ende 2015 in eine Grundbesitzsteuer umgewandelt werden. Die Anhebung des Freibetrags von 5.000 auf 12.000 € sollte »schrittweise« bis Ende 2015 durchgesetzt werden und nicht bereits mit der Einkommensteuererklärung dieses Jahres in Kraft treten. Entgegen dem Vorhaben der Vorgängerregierung und den Erwartungen der Troika wird es keine Anhebung der Mehrwertsteuer geben, da damit vor allem die einkommensschwachen Haushalte getroffen werden, deren Konsumbereitschaft am größten ist.

### **3.2 Staatsreform und Kontrolle der öffentlichen Ausgaben in allen öffentlichen Sektoren**

Die griechische Regierung ergreift wie im Privatsektor weitreichende Antikorruptionsmaßnahmen in der Verwaltung und erklärt diese zur »nationalen Priorität«. Die Anzahl der Ministerien wird von 16 auf 10 verringert, ebenso wird bei »Berater\_innen« und Abgeordnetenvergütungen gekürzt; gleichzeitig werden auch die Regelungen zur Parteienfinanzierung verschärft.

Die Regierung plant ebenso eine Reform der Beamt\_innengehälter, ohne die Lohnsumme als solche zu kürzen oder zu vergrößern. Die Lohnsysteme im Beamt\_innenwesen werden überarbeitet.

Es wird eine tiefgreifende Modernisierung der Institutionen, wie beispielsweise des Grundbuches, geben.

### **3.3 Privatisierungen: der größte Zankapfel**

Privatisierungen, die während der Jahre 2008-2015 durchgeführt wurden und die die Erwartungen der Troika und der während dieser Zeit amtierenden Regierungen hinsichtlich der Einnahmen deutlich enttäuschten, werden unter der neuen Regierung nicht weiter verfolgt.

Die neue Regierung erklärte, die »noch ausstehenden Privatisierungen eingehend zu prüfen, um daraus erwachsende Erlöse zu maximieren«. Die Privatisierung der Stromversorgung und des Netzbetreibers wurde daraufhin ebenso wie die Privatisierung der regionalen Flughäfen ausgesetzt. Der Pressesprecher des deutschen Finanzministeriums kritisierte diesen Schritt sofort

und glaubte erklären zu können, dass die griechische Regierung überhaupt nicht in der Lage sei, solche Entscheidungen zu fällen.

### **3.4 Hoffnungsschimmer auf dem Arbeitsmarkt**

Eine der ursprünglichen Reformen zielte darauf ab, die Beschäftigungsquote der über 50-Jährigen zu erhöhen und strebte eine längere Erwerbstätigkeit an. Die neue Regierung verwarf jedoch jegliche weitere Flexibilisierung der arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen sowie eine weitere Kürzung der Renten.

Die Reformvorschläge von Griechenlands neuer Spitze enthalten vor allem die Wiederherstellung von Tarifverträgen zwischen Arbeitgeber\_innen und Arbeitnehmer\_innen, die während der Krise in vielen Bereichen abgeschafft wurden. Die Regierung Tsipras erwägt ebenso eine Erhöhung des Mindestlohns – einer der zentralen Punkte des Wahlkampfes – ohne jedoch genauere Zahlen vorzulegen (das berühmte Wahlversprechen von 751 €) oder den Zeitrahmen (bis 2016). Außerdem verschreibt sich die neue Regierung *»einer intelligenten Verhandlungsstrategie für Tarifverträge. Das schließt eine Erhöhung des Mindestlohns unter Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit mit ein«*. Dieser Vorstoß wird allerdings dadurch abgeschwächt, dass *»eine Erhöhung des Mindestlohns und der zeitliche Rahmen für dessen Einführung in Abstimmung mit den europäischen und internationalen Institutionen geschieht«*.

### **3.5 Geänderte Einstellungen zum Thema Einwanderung**

Hier handelt es sich um eine Neuerung in Griechenland. Mit der Einführung eines Einwanderungsministeriums sollen die Rechte der Migrant\_innen gestärkt werden. Zwar wurden die in Auffanglagern unter menschenunwürdigen Bedingungen festgehaltenen illegalen Migrant\_innen freigelassen, dennoch bleibt viel zu tun, um die Situation der Menschen zu verbessern (angemessene Unterbringung, Prüfung ihrer Lage, eventuelle individuelle Unterstützung usw.).

Griechenland möchte das Geburtsortsprinzip einführen: Kinder, die in Griechenland geboren werden, erhalten automatisch die griechische Staatsbürgerschaft. Diese Neuerung, dass Kinder von Migrant\_innen automatisch die griechische Staatsbürgerschaft erhalten, ist eine grundlegende Neudefinition der Kategorien Nationalität, Staatsbürgerschaft und nationaler Identität. Die Ernennung einer Galionsfigur der antirassistischen Bewegungen zum Innenminister bestätigt diesen Schritt.

### **3.6 Maßnahmen für Medientransparenz und die Wiedereröffnung des Staatssenders ERT**

Im Juni 2013 war der staatliche Rundfunk- und Fernsehsender ERT durch die Vorgängerregierung geschlossen worden; am 5. März wurde ein Gesetzesentwurf zur Wiedereröffnung vorgestellt. Die Transparenz der Medien wird gegenwärtig wieder diskutiert mit dem Ziel, Interessenkonflikte bei staatlichen Unternehmen und Politiker\_innen zu verhindern, die oftmals auch Medienunternehmer\_innen sind.

## 4 Eine zwiespältige Zwischenbilanz und Herausforderungen

---

Eine erste Bilanz der neuen Regierung fällt also zunächst zwiespältig aus, trotz der enormen Aktivität, die das Kabinett an den Tag legt und der eingeleiteten Reformen, die insgesamt das Syriza-Programm umzusetzen beginnen. Wie wir bereits festgestellt haben, hat sich die Regierung nun vielmehr der akuten finanziellen Krisensituation gefügt, als sich für eine völlig neue Verhandlungsposition einzusetzen, durch die sie selbst Initiative ergreifen könnte, ob bei Zinszahlungen (5% des BIP, d.h. 20-25% der staatlichen Ausgaben), der Schuldensumme, der Ankündigung der Teilreduzierung dieser Summe oder bei Maßnahmen zur Beschränkung der Renten und anderer Zahlungen von Griechenland ins Ausland.

Die Regierung verhält sich eher wie eine Bittstellerin gegenüber den Gläubiger\_innen, die über eine Verlängerung der Finanzhilfen entscheiden müssen. Politisch hat diese Strategie einen hohen Preis: Griechenland akzeptiert die ausgehandelten Reformen, eine Kontrolle der Kassen und der von der Regierung angestoßenen Reformprozesse durch die »Institutionen« im Einklang mit den »Verpflichtungen«, insbesondere was den Haushaltsüberschuss anbelangt.

Dieser Preis wurde von Wirtschaftsexpert\_innen innerhalb von Syriza als zu hoch eingeschätzt, sie legten der Regierung mehr Entschlossenheit nahe, Allerdings ohne konkrete radikale Vorschläge anzubringen: <http://www.socialistproject.ca/bullet/1089.php#continuu>

Die Risiken, die die Strategie der Regierung birgt, sind vielfältig. Das erste Risiko besteht darin, dass vonseiten der Gläubiger\_innen und der unterschiedlichen Institutionen, der Troika oder der Eurogruppe keinerlei Zugeständnisse verlangt werden, sondern nur Forderungen an Griechenland gerichtet werden. Die EZB könnte die eventuelle Öffnung der Anfang Februar geschlossenen Finanzierungsmöglichkeiten daran koppeln, dass sich Griechenland vorab mit den Gläubiger\_innen über das Reformprogramm abstimmt. Weiterhin könnten die Europäer\_innen die Zahlung der letzten Tranche aus dem zweiten Hilfsprogramm solange aussetzen, bis Griechenland die Reformen »konkret« umsetzt. Sicherlich wird oder würde die Möglichkeit eines dritten Hilfsprogramms, um das die griechische Regierung ohne Zweifel bitten wird, auf *unbestimmte Zeit* verschoben.

Der Regierung stünde das Wasser schlussendlich bis zum Hals und es gäbe keine andere Möglichkeit, als auf die zentralen Punkte des Programms radikaler Veränderungen zu verzichten und nur marginale Veränderungen an der von der Vorgängerregierung geerbten Situation vorzunehmen.

Wirtschaftswissenschaftler\_innen, die für das Ende der Eurozone plädieren, schlagen ein alternatives, allerdings riskantes Vorhaben vor, das eine Art »Lüge« der beiden Parteien darstellen würde: <http://www.lacrisedesannees2010.com/> Das würde bedeuten, völlig unrealistische Zahlen für die nahe Zukunft vorzulegen, beispielsweise was Steuereinnahmen oder Wachstum betrifft. Somit sollte die Umsetzung des Syriza-Programms gegen eine »Zustimmung« Deutschlands ermöglicht werden. Den Wirtschaftsexpert\_innen zufolge würde in diesem Fall die Realität jedoch sehr schnell wieder an die Tür klopfen und es würde deutlich werden, wie festgefahren die Situation ist, da Deutschland sich für oder gegen Hilfen für Griechenland entscheiden müsste. Innenpolitisch bedingt müsste sich Deutschland dagegen entscheiden, Griechenland weiter zu unterstützen. Das wahrscheinlichste Szenario wäre, so die Expert\_innen, die Zahlungsunfähigkeit Griechenlands und die darauf folgende Entscheidung, die Eurozone zu verlassen. Die Konsequenzen dieser Entscheidung wären folgende:

- die Einrichtung einer Kontrolle der Wechselkurse und der Kapitalflüsse;
- die Umsetzung des Regierungsprogramms innerhalb eines ausgeglichenen Haushaltsrahmens (Ende der Zahlung der Schulden und Verwendung des Überschusses aus dem Primärsaldo 2014);
- eine Entwertung der neuen Währung von mindestens 30%;
- Sichere Auslandsinvestitionen auf Grundlage der neuen Wettbewerbsfähigkeit, allerdings stark erhöhte Kosten von notwendigen Importen, dies hätte katastrophale Auswirkungen für einen großen Teil der Bevölkerung, die auf Importe lebensnotwendiger Güter angewiesen ist.

Eine andere mögliche Variante dieses Szenarios wäre, den Expert\_innen zufolge, der griechischen Zentralbank durch Monetarisierung zu ermöglichen, auf der Grundlage des neuen Wechselkurses alle Schulden zurückzuzahlen. In diesem Fall könnte Griechenland alle Gläubiger\_innen zufriedenstellen und somit formal die Verträge einhalten.

Wir gehen davon aus, dass hierzu noch keine konkreten Vorschläge vorliegen und die Regierung hier keine Position bezogen hat. Des Weiteren sind wir der Ansicht, dass sich Griechenland auch in der Zukunft weiteren Herausforderungen stellen muss und dass die Regierung hierzu noch keine klare Position eingenommen hat. Jedoch ist eine klare Positionierung hinsichtlich dieser drängenden Fragen notwendig, damit Reformen, die umgesetzt werden können, sinnvoll sind.

Mangels einer klaren Position in diesen Fragen besteht ein reelles Risiko, dass Reformen ohne klaren Zusammenhang umgesetzt werden und nicht den tiefgreifenden Wandel zur Folge haben, den Griechenland braucht. Allerdings agiert die griechische Regierung durchaus vernünftig, indem sie ihren Berater\_innenkreis vergrößert, um eine klare Position zu beziehen und entsprechende Reformen auszuarbeiten. Unter diesem Gesichtspunkt kann das am 12. März verabschiedete Kooperationsabkommen mit der OECD über die Einrichtung von Arbeitsgruppen zu Steuer- und Wettbewerbsfragen als positiv betrachtet werden.

Die aktuellen Kernfragen sind folgende:

*Welches Entwicklungsprogramm soll verfolgt werden?*

*Wie sollen die griechische Wirtschaft und der Haushalt finanziert werden?*

*Welche Position nimmt Griechenland gegenüber Europa ein?*

#### **4.1 Das Programm zur wirtschaftlichen Entwicklung Griechenlands**

Völlig zu Recht konzentriert sich die Regierung momentan darauf, eine Antwort auf die humanitäre Krise zu finden. Mittelfristig jedoch kann die Antwort auf diese Krise nur in einem anderen Entwicklungsmodell liegen. Dieses Modell muss im Kern die Fähigkeiten, Erfahrungen und Befindlichkeiten der Menschen anerkennen und unter Achtung des Naturschutzes regional verankerte Produktivkräfte den Grundbedürfnissen unterordnen.

Vor den Wahlen wurde ein Entwurf dieses Entwicklungsprogramms von einigen wenigen engagierten und kompetenten Menschen zum Teil bereits ausgearbeitet. Da dafür nicht ausreichend Personal zur Verfügung stand, konnte keine präzise Definition der Mittel und Wege dieser Umgestaltung erarbeitet werden. Insbesondere stehen die Zielsetzungen, die für die Festlegung von Unterstützungsmaßnahmen durch Industrie und Landwirtschaft notwendig sind, noch nicht in vollem Umfang fest.



Eine den politischen Entscheidungen der Regierung angepasste Industriepolitik könnte die Hilfestellung bei etwa folgenden Wirtschaftstätigkeiten umfassen:

- Wirtschaftstätigkeit, die derzeit das Handelsbilanzdefizit vergrößert (die aktuell hohen Importe sind die Folge des großen Bedarfs an Gütern, die nicht innerhalb Griechenlands produziert werden);
- Produktion von preisunelastischen Gütern (um eine Spezialisierung auf kostensensible Wirtschaftstätigkeit zu vermeiden);
- Wirtschaftstätigkeit, die einen starken Zusammenhang zwischen Entwicklung/Erstellung von Prototypen und kleine Serienfertigung/Produktion aufweist;
- Wirtschaftstätigkeit, die Produkt und Service miteinander verbindet;
- Wirtschaftstätigkeit, die die vorhandenen Ressourcen und die Verarbeitungskapazitäten miteinander verbindet;
- Wirtschaftstätigkeit mit einem Fokus auf Forschung und Entwicklung;
- Wirtschaftstätigkeit mit deutlichem Multiplikatoreffekt (siehe Input-Output-Tabellen bei Eurostat oder der griechischen statistischen Behörde Elstat);
- sektorenübergreifende Wirtschaftstätigkeit (die unterschiedliche Tätigkeitsfelder verbindet).

Bzgl. der Zuteilung von Fördermitteln könnten folgende Kriterien berücksichtigt werden bzw. erscheint Folgendes sinnvoll:

- Förderung von Unternehmensnetzwerken und der Koppelung von Unternehmen und Forschungs- und Bildungseinrichtungen (Unterstützung für von der Zivilgesellschaft initiierte Projekte statt Subventionen für einzelne Unternehmen);
- territoriale Verankerung;
- Reduktion der Erschließung von natürlichen Ressourcen und Energiesparmaßnahmen;
- Förderung der Kreislaufwirtschaft;
- Bildungsmaßnahmen;
- Qualität des sozialen Dialogs;
- die Qualität der Finanzarchitektur (Verschuldungskontrolle, zufriedenstellende Verwendung der Gewinne) und eine stabile Kontrolle von Vermögen.

Die Landwirtschaft muss neuorientiert und zum Teil umstrukturiert werden. Dies betrifft die genossenschaftlichen Strukturen, die sich von ihren eigentlichen Zielsetzungen entfernt haben, und nunmehr statt ihrer Kernaufgaben (zum Beispiel genossenschaftliche Gerätschaften wie Ölmühlen) vor allem Klientelismus im Blick hatten und ihre Position bei der Verteilung der »Hilfsmittel« im Rahmen der GAP ausgenutzt haben. Im weiteren Sinne muss die griechische Landwirtschaft wieder ihre eigentliche Aufgabe wahrnehmen, nämlich die, qualitativ hochwertige Lebensmittel in entsprechender Menge für die griechische Bevölkerung zu produzieren. Die Förderinstrumente zur Subventionierung der rein für den Export bestimmten Schnecken- oder Erdbeerproduktion sollten einer Prüfung unterzogen werden.

## **4.2 Wie sollen die griechische Wirtschaft und der Haushalt finanziert werden?**

### *4.2.1 Im Moment handelt es sich um eine schiefe Gleichung.*

Es ist sicherlich nicht falsch zu sagen, dass der finanzielle Teil des Syriza-Programms vor den Wahlen nicht ausreichend durchdacht worden war. Bereits am Tag nach den Wahlen ließ sich die Regierung auf scheinbar »zwingende« Verhandlungen zur finanziellen Notsituation ein – diese Notsituation war sicher gegeben, wurde jedoch keineswegs in Frage gestellt, wie wir bereits angemerkt haben.

Es ist absolut korrekt, dass sehr umfangreiche Schuldentrückzahlungen ab März aktuell wurden. Ebenfalls ist es korrekt, dass die Situation des Bankensektors (und der übrigen Sektoren) äußerst prekär war.

Keinesfalls jedoch schien die Regierung, wie wir bereits bemerkt haben, zu irgendeinem Zeitpunkt ein Moratorium ansetzen zu wollen, d.h. die fälligen Zahlungen der Schulden oder Zinsen auszusetzen. Ebenso ließ die Regierung zu keinem Zeitpunkt verlauten, sie ziele um jeden Preis auf eine unilaterale Reduzierung der Schuldsomme oder eine wesentliche Absenkung ab, sollten die Verhandlungen scheitern. Zu keinem Zeitpunkt wurde die Frage nach einer teilweisen oder gänzlichen Verstaatlichung des Bankensektors gestellt, nicht einmal die Kontrolle der Renten oder der Überweisung von Kapital von Griechenland ins Ausland stand zur Debatte.

Dass der Finanzminister über eine große Entscheidungskompetenz verfügte und die Bank Lazar, die die Vorgängerregierung während der Schuldenumstrukturierung 2012 unterstützte, als Beraterin auswählte, sowie die Tatsache, dass er weiterhin Gouverneur der Bank von Griechenland blieb, können erklären, weshalb die Entscheidungen oder Nicht-Entscheidungen zu diesem Zeitpunkt so orthodox ausfielen. Allerdings ist vorstellbar, dass die Erneuerung von Institutionen Schwierigkeiten birgt, wenn die Verwaltung dieser Institutionen und Instrumente bereits alle Zuständigkeiten und Energien bündelt.

Die Regierung hat die Möglichkeit des Ausscheidens aus der Eurozone aus, wie wir meinen, vernünftigen Gründen ausgeschlossen. Die Einführung einer neuen Drachme hätte ihre sofortige starke Entwertung sowie eine drastische Verteuerung von Importen zur Folge, auf die kurz- und mittelfristig gesehen nicht verzichtet werden kann. Es handelt sich dabei um Importe von Gütern zur Deckung von Grundbedürfnissen. Fielen diese weg, wäre dies ein regelrechter Schock für die Bevölkerung, den keine verantwortungsbewusste und an der Lebensrealität der Schwächsten orientierte Regierung in Kauf nehmen würde.

Die Eurozone nicht zu verlassen bedeutet aber keineswegs, sich allen Zwängen zu beugen und diese zu verinnerlichen. Es lief aber so ab, als habe die Regierung den Ausschluss aus der Eurozone noch mehr befürchtet als die Partner Griechenlands. Ein Ausschluss jedoch ist unmöglich und in den Verträgen eigentlich nicht vorgesehen. Allein Griechenland selbst kann entscheiden, die Eurozone zu verlassen und keine Institution oder Land kann Griechenland dazu zwingen.

Sicherlich wäre die Ankündigung eines Moratoriums und eine mögliche *teilweise* Reduzierung der Schuldensumme von den (in der Mehrheit öffentlichen) Gläubiger\_innen Griechenlands sehr schlecht aufgenommen worden. Was wären hier jedoch die Konsequenzen gewesen? Ohne Zweifel wären einige vor Gericht gezogen. Die Prüfung der möglichen Rechtsmittel hätte Jahre in Anspruch genommen. In jedem Fall hätte das die Möglichkeit eröffnet, über eine Neuorientierung Europas nachzudenken und in Griechenland einen neuen Entwicklungsprozess in Gang zu setzen.

Die Gläubigerstaaten und -institutionen hätten sicherlich damit gedroht, jegliche weiteren Kredite zu sperren. Eine solche Sperrung hätte in Griechenland allerdings nicht dazu geführt, dass die Beamte\_innen keine Gehälter mehr bekommen hätten, da ihre Gehälter nunmehr ausschließlich aus Steuergeldern (in einem ausgeglichenen Haushalt) bestritten werden. Angesichts einer solchen Bedrohung wäre die Antwort der durch eine breite öffentliche Unterstützung getragenen griechischen Regierung ebenso entschieden ausgefallen und sie hätte einen *vollständigen* Schuldenerlass angekündigt. Dies kommt im europäischen und gar globalen Finanzsystem einem regelrechten Supergau gleich.

Es ist also wahrscheinlich, dass Griechenland und seine Gläubiger\_innen eine Einigung gefunden hätten, um das Schlimmste zu vermeiden - vor allem für die Gläubiger\_innen selbst.

Allerdings kam es anders. Anstatt diese radikale Haltung einzunehmen, schlug der griechische Finanzminister vor (ohne weitere Reaktionen vonseiten der Gläubigerstaaten und der »Institutionen«), einen Teil der durch den Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSF) erhaltenen Kredite in Anleihen zu übertragen und die Rückzahlungen und Zinssätze an die Entwicklung des BIP zu koppeln. Somit hätte es eine Verbindung zwischen den fälligen Rückzahlungen der Schulden und dem Wirtschaftswachstum gegeben. Dieser Vorstoß ist zweifellos durchdacht, da die öffentlichen griechischen Finanzen im Falle einer Rezession und geringerer wirtschaftlicher Aktivität nicht über Gebühr belastet würden. Jedoch ist der Vorschlag weit von einer teilweisen Reduktion der Schulden entfernt, deren Legitimität fragwürdig scheint.

Auf Anraten der Parlamentspräsidentin erwägt das griechische Parlament selbst nun die Einführung einer Kommission, die den Vorschlag des Finanzministers und dessen Umsetzung weiter ausarbeitet. Diese Kommission kann sich auf die Ergebnisse des »Kollektivs für eine öffentliche Überprüfung der Staatsschulden« stützen. Dieses Netzwerk geht davon aus, dass mehr als die Hälfte der griechischen Schulden illegitim ist.

Der Vorschlag des Finanzministers könnte intern aus zwei gegensätzlichen oder wenigstens paradoxen Perspektiven bewertet werden.

Ein teilweiser Schuldenschnitt ist (*der nicht mit einem Schuldenerlass gleichzusetzen ist, wie wir zeigen werden*) unserer Ansicht nach unverzichtbar und kann im Wesentlichen nicht einfach durch Umschuldungsmaßnahmen oder eine Senkung der Zinssätze umgesetzt werden. Grund dafür ist, dass die Zinssätze der griechischen Schulden bereits sehr niedrig sind und der Zeitplan für die Rückzahlung der Teilschulden bereits sehr großzügig angesetzt ist. Die durchschnittliche fristgerechte Rückzahlungsfrist der griechischen Schulden liegt heute bei 16 Jahren, in Frankreich liegt sie bei sieben Jahren. Die durchschnittlichen Rückzahlungskosten liegen bei 2,26% und damit unter den durchschnittlichen Erstattungssatz für die Schulden Deutschlands (2,37%). Die Laufzeit der EFSF-Darlehen wurde von 15 auf 30 Jahre erhöht und die Zinssätze für bilaterale Darlehen liegen bei weniger als 0,56%. Bestimmten Berechnungen zufolge würde eine Kopplung von reduzierten Zinssätzen und einer allgemeinen Umschuldung die griechischen Schulden auf 160% des BIP verringern, was einer Verringerung um 10% der Schuldsomme entspricht. Folglich eine nur geringe Veränderung.

Vom Standpunkt der Gläubiger\_innen aus betrachtet kann der Vorschlag des Finanzministers nur zurückgewiesen werden. Wie wir gesehen haben sind die Zinssätze der griechischen Schulden bereits sehr niedrig und die Rückzahlungsfristen großzügiger angesetzt als bei anderen Ländern in Südeuropa. Aus der Perspektive der nordeuropäischen Länder ist die von Griechenland gewünschte Kopplung der Schuldenzinssätze an das Wirtschaftswachstum beinahe mit einem Zahlungsausfall vergleichbar. Schlussendlich hätte dies Verluste für den EFSF, für die Kreditgeberländer und die EZB bedeutet, deren Anleihen plötzlich wertlos gewesen wären. Die größten Verluste hätte Deutschland zu verbuchen mit Direktarlehen und dem EFSF übertragenen Sicherheiten.

Wenn die griechische Regierung den nötigen Handlungsspielraum für die Gestaltung eines neuen und auf Wachstum und Produktivkräfte fokussierten Entwicklungsprogramms gewinnen möchte, dann gibt es zweifelsohne nur einen radikaleren Schritt, nämlich den Abbau eines bedeutenden

Teils der Schuldenmenge. Die Staatsschulden müssen vom aktuellen Wert von 175% der BIP auf ein Niveau zwischen 120% und 60% des BIP reduziert werden. Die Prozentangabe von 120% ist die laut Einschätzung des IMF maximal tragbare Schuldenlast und entspricht der Höhe der Schulden im Jahr 2008. Die zweite Prozentangabe von 60% entspricht der maximal zulässigen Schuldenlast laut dem Vertrag von Maastricht. Der Teilabbau der Schulden ist jedoch *ipso facto* nicht gleichbedeutend mit einem Schuldenerlass.

Im Folgenden unsere Vorschläge zur Finanzierung der Regierungsmaßnahmen und des Landes, die sich um drei Hauptachsen gruppieren:

- die Schaffung von so genannten Investitionszertifikaten;
- die Steuerreform;
- der Appell an die im Ausland lebenden Griech\_innen und der Aufruf zur finanziellen Solidarität von Volk zu Volk.

Hier soll die erste Achse genauer erläutert werden, da durch die Investitionszertifikate ein sofortiger Rückgang der Schulden erzielt werden kann.

#### 4.2.2 Investitionszertifikate

Unseren Vorschlag zur Einführung von Investitionszertifikaten haben wir gemeinsam mit einem Wirtschaftswissenschaftler und einem Juristen erarbeitet (siehe <http://www.efsyn.gr/arthro/anaptyxi-allileggyon-ependyseon-stin-eyropi> und <http://www.latribune.fr/opinions/tribunes/20150213trib10de20be0/un-plan-ma>). Diese Zertifikate würden die Forderungen ersetzen, die die europäischen Staaten gegenüber Griechenland innehaben. Die Einführung solcher Zertifikate würde es ermöglichen, die Schulden abzubauen, ohne sie zu erlassen. Eine derartige Lösung birgt immense politische und wirtschaftliche Vorteile.

Um unseren Vorschlag zu erläutern, nehmen wir als Anschauungsbeispiele Frankreich und Griechenland. Das bedeutet konkret, ein Gläubigerstaat und Griechenland selbst. Der Vorschlag besteht aus drei miteinander verknüpften Elementen:

- die Einrichtung von gemeinsamen öffentlichen Investitionsfonds auf bilateraler Ebene;
- die Schaffung von Investitionszertifikaten;
- Solidarität und die Möglichkeit der vorrangigen Bereitstellung.

#### Zur Einrichtung von gemeinsamen öffentlichen Investitionsfonds auf bilateraler Ebene:

Die bilateralen öffentlichen Fonds werden von je einer öffentlichen Institution zu gleichen Teilen getragen. In unserem Beispiel wäre dies eine französische Institution – das könnte die Öffentliche Investitionsbank (BPI) sein und ihr griechisches Pendant, das noch einzurichten wäre. Im Falle von Deutschland, wäre diese Institution die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW).

Diese Fonds wären als Ausnahmeregelungen zu europäischen Rechtsgrundlagen bezüglich öffentlicher Beihilfen konzipiert und hätten die Aufgabe, *produktive* Investitionen zu generieren. Sie würden in die Modernisierung der griechischen Produktionsanlagen fließen, deren allgemeine Effizienz erhöhen und als Teil des neuen Modells nachhaltiger, ökologischer und menschlicher Entwicklung insbesondere in jenen Sektoren die Produktionskapazitäten erhöhen, die im Außenhandel zwischen Frankreich und Griechenland Defizite aufweisen (*entsprechend* zwischen Deutschland und Griechenland).

Diesen Fonds steht eine Expert\_innengruppe zur Seite, die die zu tätigen Investitionen auswählt und ihre Umsetzung begleitet. So sind Investitionen in neue Formen von gemeinschaftlichen Unternehmen denkbar, in Kreditangebote und in die Beteiligung von privatem Kapital (oder gemischtem Kapital, Beteiligungsdarlehen können in eigene Fonds fließen), in bereits bestehende griechische Unternehmen oder griechische Filialen ausländischer Unternehmen. Eine Bedingung lautet, dass die Kontrolle über diese Investitionen durch den griechischen Staat ausgeübt wird.

Diese Fonds würden solidarische Investitionen zwischen Frankreich und Griechenland ermöglichen (in unserem Beispiel) und wäre auch Teil von Junckers Investitionsprogramm, eines großen Kommissionsprojekts zur Schaffung von Wachstum in Europa. Da diese Fonds ebenfalls die Ziele von Junckers Investitionsprogramm verfolgen, eignen sie sich auch für eine Förderung durch die Kommission und das Parlament.

Diese gemeinsamen Investitionen unterstützen das Ziel *wirtschaftlicher Entwicklung*. Man könnte das Prinzip der Investitionszertifikate auch mit den OECD-Expert\_innen abstimmen, die sich ohnehin momentan mit Griechenland befassen.

In unserem Beispiel ginge es nicht darum, dass Frankreich schlicht einen Verlust der Forderungen unterstützt, um die griechische Schuldenlast zu erleichtern, sondern um am Wiederaufbau Griechenlands teilzuhaben, wovon auch Frankreich und die französischen Unternehmen profitieren werden.

Was die Finanzierung betrifft, so wird der gemeinsame Investitionsfonds im Grunde mit der Höhe der Forderungen ausgestattet, die der Gläubigerstaat zu akzeptieren bereit ist. Die Höhe der Summe des gemeinsamen Investitionsfonds wird dabei zu gleichen Teilen zwischen dem Schuldnerstaat (in diesem Fall Griechenland) und dem Gläubigerstaat (hier Frankreich) aufgeteilt. Der französische Staat ist momentan Inhaber von griechischen Schuldtiteln in Höhe von 55 Milliarden €. Dabei laufen 31 Milliarden € über Direktforderungen und 24 Milliarden indirekt über EZB-Anleihen.

Wenn sich Frankreich dazu bereit erklärt, innerhalb von fünf Jahren 50% der Direktschulden (also 15,5 Milliarden €) in Investitionszertifikate umzuschreiben, würde Griechenland fünf Jahre lang davon profitieren und die Schuldenerleichterung von 3 Milliarden € produktiv investieren können. Diese drei Milliarden € könnten jährlich über den gemeinsamen Fonds investiert werden, was 1,5% des BIP entspricht.

#### Die Schaffung von Investitionszertifikaten:

Die Kapitalausstattung des gemeinsamen Investitionsfonds durch so umgeschriebene Schulden würde zu gleichen Teilen durch Frankreich und Griechenland übernommen. Der Fonds wäre dazu befugt, die realisierten und einsatzfähigen Investitionen in Geld umzusetzen. Die damit erzielten Gewinne könnten vorrangig die französische Beteiligung in Höhe des eingebrachten Kapitals kompensieren.

Mit einem solchen Mechanismus würde eine klassische Restrukturierungsstrategie Anwendung finden. Die Umschreibung von Schulden in Kapital (equity) ist tatsächlich gängige Praxis. Wenn es sich um private Schulden handelt, besteht die Schwierigkeit darin, einen oder mehrere Gläubiger zu finden, die bereit sind, ein Risiko – nämlich das Risiko der Nicht-Entschädigung einer

Kapitalanlage – durch ein neues Risiko – der Verlust eines Teils oder des gesamten Kapitals – zu ersetzen.

Interessant ist, dass hierbei vor allem Staaten die Gläubiger\_innen sind, die ihre Forderungen verlieren würden, falls Griechenland zahlungsunfähig ist. Um nicht einen Totalausfall zu riskieren, könnten die Staaten in diesem Schema, ihre Forderungen in Investitionszertifikate umschreiben, also in eine Kapitalform, und im Sinne von solidarischer Entwicklung handeln, die nicht nur Griechenland, sondern auch den eigenen Unternehmen zugutekommt.

#### Solidarität und die Möglichkeit der vorrangigen Bereitstellung:

Eine sofortige Gegenleistung für die Staaten, die sich zu einer Teilnahme an diesem Mechanismus entschließen, wäre die Möglichkeit, vorrangig Mittel für Unternehmen bereitzustellen, die in den teilnehmenden Ländern angesiedelt sind. Sobald Investitionen in Fabrikanlagen und Maschinen getätigt werden, die in Griechenland kurz- und längerfristig nicht produziert werden, kann diese Ausrüstung bei Unternehmen aus den Gläubigerländern gekauft werden. Ein »Hilfseuro« hat also eine doppelte Funktion, als Geldwert und als Finanzierung für den Ankauf von Ausrüstung.

Jeder Euro, der die griechische Schuldenlast erleichtert und in produktive Investitionen in Griechenland überführt wird, eröffnet die Möglichkeit, bei den Unternehmen der teilnehmenden Länder zu kaufen. Politische Solidarität und wirtschaftlicher Nutzen gingen hier Hand in Hand.

#### *4.2.3 Die Steuerreform*

Eine weitreichende Steuerreform muss umgesetzt werden, die über die Maßnahmen gegen Steuervergehen hinausgeht.

Die Frage nach einer Besteuerung der kirchlichen Institutionen (die Kirche gehört zu den wichtigsten Grundeigentümer\_innen des Landes) und der Reederei kann ebenfalls nicht umgangen werden. Auch wenn die Kirche über einen »enormen Reichtum verfügt, erwirtschaftet sie doch kein hohes Einkommen, das besteuert werden könnte«, so der griechische Finanzminister. Die Reeder\_innen müssen ihren Anteil beitragen, so der Minister. Aber auch ihre Besteuerung gestaltet sich schwierig: »Die Reeder\_innen sind äußerst mobil und eine Kapitalflucht ins Ausland ist im Falle einer Besteuerung sehr wahrscheinlich«.

Auch wenn die kirchlichen Einkommen aus Grundbesitz relativ gering sind, könnte hier eine Eigentumssteuer eingeführt werden. Die Reeder\_innen hingegen könnten gemäß ihrer globalen Gewinne eine Pauschale entrichten. Die US-amerikanische Regierung könnte die griechische Verwaltung hierbei beraten, da ihr solche Fragen weitgehend vertraut sind. Auch die OECD hat sich in ihrem Bericht »*geplante Verminderung steuerlicher Bemessungsgrundlagen und das grenzüberschreitende Verschieben von Gewinnen*« von Februar 2013 mit diesen Fragen befasst.

Wenn die neue Regierung wie angekündigt tatsächlich Fortschritte im Bereich der Rechtsstaatlichkeit macht und die notwendigen finanziellen Ressourcen zur Finanzierung der öffentlichen Dienstleistungen, insbesondere in den Bereichen Bildung und Gesundheit, generieren will, muss die Steuergerechtigkeit ohne Zögern gefördert werden.

#### 4.2.4 Appell an die im In- und Ausland lebenden Griech\_innen und der Aufruf zur Solidarität von Volk zu Volk

Obwohl die Regierung von einer sehr breiten Unterstützung durch die Bevölkerung profitiert hat (und über eine noch größere Unterstützung in der Bevölkerung verfügt als bei den Wahlen deutlich wurde), hat sie bisher noch nicht ausreichend an die Bevölkerung appelliert, um sich für die Verhandlungen mit externen Partner\_innen ausreichend Legitimität zu verschaffen. Die Regierung hat wahrscheinlich noch nicht alle Möglichkeiten demokratischer Partizipation ausgeschöpft: So gibt es eine Reihe hochqualifizierter Wissenschaftler\_innen (Jurist\_innen, Wirtschaftswissenschaftler\_innen, Steuerexpert\_innen, Kommunikationsspezialist\_innen etc.), die bereit sind, in Griechenland und Europa für konkrete Lösungen und die Inhalte des Regierungsprogramms zu werben.

Die Regierung hat sich nicht aufmerksam genug um eine entsprechende Medienkampagne bemüht, die heutzutage auch bei inhaltlichen Debatten zentral ist. Diese Kampagne schließt die Verbesserung der Internetpräsenz der griechischen Regierung (und des Premierministers) mit ein. Ein oder mehrere Syriza-Mitglieder sollten dauerhaft in den wichtigsten europäischen Ländern die Funktion von Auslandskorrespondent\_innen übernehmen und beispielsweise in Rundfunk und Fernsehen zu den Griechenland betreffenden Fragen sprechen. Eine solche Überlegung sollte nicht als zweitrangig eingestuft werden, um Debatten mitzubestimmen.

Der Appell an die europäische Bevölkerung hat bereits verschiedene Formen angenommen; es ist sinnvoll, dies auszuweiten und weiter zu unterstützen.

Um dies zu verdeutlichen stellen wir hier zwei Initiativen aus Frankreich vor:

Die Petition für Schuldenerlass für Griechenland (<https://www.change.org/p/aux-chefs-d-%C3%A9tat-et-de-gouvernement-de-la-zone-euro-p%C3%A9tition-en-faveur-d-une-restructuration-en-profondeur-de-la-dette-grecque-petition-for-an-in-depth-greek-debt-restructuring-petition-f%C3%BCr-eine-tiefgreifende-umstrukturierung-der-griechischen-schuldenk>)

sowie eine Crowdfunding-Initiative im Zeichen internationaler Solidarität (<http://www.kisskissbankbank.com/de-peuple-a-peuple>).

Was die Finanzierung anbelangt, was spräche hier gegen Staatsanleihen? Oder ein Appell an die große Gruppe der im Ausland lebenden, gut situierten patriotischen Griech\_innen? Die im Ausland lebenden Griech\_innen könnten auch bei der Finanzierung des Nothilfeprogramms (beispielsweise für die Finanzierung von Krankenhäusern) und Entwicklung des Landes eine Rolle spielen.

### 4.3 Welche Position nimmt Griechenland gegenüber Europa ein?

Der weiter oben vorgestellte Mechanismus zur Schaffung von Investitionszertifikaten steht zum Teil mit den gegenwärtigen europäischen Regelungen im Widerspruch (hinsichtlich dem Prinzip der Wettbewerbsfreiheit; außerdem gibt es keine Subventionen) und es könnte somit schwierig sein, Unternehmen zu einer Teilnahme zu bewegen.

Aber sollte sich nicht auch das Recht auf Wettbewerb weiterentwickeln, bevor daraus ein unumgängliches Hindernis wird, das die Umsetzung eines solidarischeren und stärkeren Europas verhindert? Was die Unternehmen betrifft, die für Investitionszertifikate in Frage kommen, so könnten diese selbst ihre Bereitschaft signalisieren und angeben, ob sie die Kriterien für eine Teilnahme erfüllen.

Die Anlagen- und Maschinenproduzent\_innen des deutschen Mittelstands aus Baden-Württemberg, Bayern oder Sachsen, die sich eine gewisse Unabhängigkeit von der zentralen Regierung erhalten möchten, sind sicherlich sehr interessiert an einem solchen Mechanismus. Gleiches gilt für die französischen Unternehmen, die Ausrüstung für große Infrastrukturprojekte herstellen. Wir können davon ausgehen, dass der Kontakt zwischen der Regierung, den griechischen Unternehmen und Unternehmer\_innen aus dem Ausland wirkliche Chancen auf Erfolg hätte.

Natürlich ließe sich einwenden, dass dieser Mechanismus ohne die Teilnahme aller europäischen Staaten gemäß ihrem jeweiligen BIP in grundsätzlichem Widerspruch zu den europäischen Regelungen steht.

Die Erfahrung zeigt nun jedoch, dass es in einem Europa mit 28 Staaten unmöglich ist, substantielle, zukunftsweisende kollektive Entscheidungen zu fällen. Das ist der sichere Weg in die Handlungsunfähigkeit. Im Gegenteil, Europa muss vor allem bilateral (oder trilateral) gestaltet werden, und zwar ohne durch die besonderen Umstände genehmigte Ausnahmen von den Regelungen abzuwarten. Solche Ausnahmen sind darüber hinaus in bestimmten europäischen Prozessen nicht ausgeschlossen.

Sicherlich liegt es im Ermessen eines jeden Landes über eine Teilnahme an einem solchen Mechanismus zu entscheiden. Dennoch muss dieser Mechanismus so allgemein gestaltet werden, dass er beispielsweise auch in Spanien, Portugal oder auch Italien anwendbar ist - unsere Absicht ist es nicht, lediglich einen Rahmen für die Lösung der Griechenlandkrise zu schaffen. Unser Anliegen ist konkret die Schaffung eines solidarischer agierenden Europas.

Toulouse, Paris, Athen | 11. März 2015

*Gabriel Colletis* ist ein französischer Wissenschaftler, Ökonom, mit ausgewiesenen Untersuchungen zur Wirtschafts- und Industriepolitik, Kontakt: [Gabriel.Colletis@ut-capitole.fr](mailto:Gabriel.Colletis@ut-capitole.fr)  
Diese Studie entstand im Auftrag von [transform!](#), dem des europäischen Netzwerks für alternatives Denken und politischen Dialog. Mitarbeit bei den Vorschlägen bezüglich der Investitionszertifikate: *Jean-Philippe Robé* und *Robert Salais*.